

# Dokumentarisches

## In memoriam Theodor Leipart (1867-1947): Zwei unbekannte Dokumente

Ulla Plener

Fritz Tarnow nannte ihn den „großen Gewerkschaftsführer“, dessen Name „in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung [...] neben dem von Carl Legien als Schöpfer und Gestalter der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung für alle Zeiten erhalten bleiben“ werde. (Siehe unten) Gemessen an seiner gestaltenden Leistung beim Aufbau der deutschen (und z. T. internationalen) Gewerkschaftsbewegung, kann Leipart der Bebel der deutschen Gewerkschaften genannt werden. Doch – ganz gegen Tarnows Voraussage – ist er heute vergessen, sein Name auch in den Gewerkschaften den wenigsten bekannt.

Leipart stand seit 1890 – zusammen mit Legien (neben!, nicht nach diesem) – am Beginn der gesamtdeutschen Gewerkschaftsorganisation. Er war es, der die ersten Statuten für sie ausarbeitete, ebenso wie die für den ADGB bei dessen Gründung 1919. Er war es auch, der die Inhalte der Bewegung bis 1933 maßgebend bestimmte.<sup>1</sup>

Leipart war der unermüdliche Aufklärer und Kämpfer für die geistige und materielle Emanzipation der Lohnarbeiterschaft: In ihrer Bewußtseinsbildung, ihrer kulturellen Höherentwicklung sah er die Voraussetzung für die Befreiung aus der menschenunwürdigen ökonomischen Abhängigkeit vom Kapital und geistigen Bedürfnislosigkeit. Darauf – nicht auf die Verelendung – setzte er bei der angestrebten „Revolutionierung“ der Arbeiterklasse, verstanden als ihr selbstbewußtes Auftreten und ihren Kampf für die politischen und sozialen Rechte. Dieser Aufgabe widmete er sein Leben, darin sah er die zentrale Aufgabe der Gewerkschaften. Die Emanzipation der Lohnarbeiterschaft auf dem Wege der „Zivilisierung des Kapitalismus“ durch Reformen bis hin zu seiner Überwindung war Inhalt seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit.

Nicht zuletzt war es Leipart, der schon 1919 konkret die Idee der Wirtschaftsdemokratie (die heute wieder aktuell zu werden scheint<sup>2</sup>) als Weg zur

---

1 Siehe Ulla Plener: Theodor Leipart. Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz - Ein Lebensbild mit Dokumenten (1867-1947), 1. Halbband: Biographie, 389 S., Berlin 2000 (im folgenden Plener, Leipart I); 2. Halbband: Dokumente, 537 S., Berlin 2001 (im folgenden Plener, Leipart II).

2 Siehe Heinz-J. Bontrup u. a.: Wirtschaftsdemokratie: Alternative zum Shareholder-Kapitalismus, Hamburg 2006; Ulla Plener/Julia Müller/Heinz-J. Bontrup: Wirtschaftsdemokratie: wieder aktuell, Pankower Vorträge, H. 89, Berlin 2006; Ulla Plener: Wirtschaften fürs Allgemeinwohl – Weg zur sozialen Gerechtigkeit. Zur Geschichte und

Überwindung des Kapitalismus begründete und diese seitdem im Namen der Gewerkschaften immer wieder gefordert hatte.<sup>3</sup> In seinem Auftrag gab Fritz Naphtali an der Spitze eines Autorenkollektivs den zum „Klassiker“ gewordenen Sammelband „Wirtschaftsdemokratie: Ihr Wesen, Weg und Ziel“ heraus und begründete die Idee auf dem Hamburger Kongreß des ADGB 1928.<sup>4</sup>

Das aufklärerische Anliegen brachte Leipart zum wiederholten Male in der Versammlung der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre am 15. September 1926 über „Die kulturelle und volkswirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften“ so zum Ausdruck: „Als Zweck und Ziel der Gewerkschaften ist in allen Statuten der Verbände an erster Stelle (!) aufgeführt die Aufklärung und Bildung (!) der Mitglieder; die Aufklärungsarbeit sei es in erster Linie, die die Köpfe der arbeitenden Massen revolutioniert und zum Nachdenken“ bringt. Als weiteren Zweck nannte er dann „die Pflege der Solidarität und die Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“, zu denen im besonderen die Arbeitszeitverkürzung gehöre, denn erst sie schaffe dem Lohnarbeitenden „die Freiheit zum Leben und gibt ihm die Möglichkeit, seine eigene Persönlichkeit auszubilden und sich zu behaupten. Die Forderung nach verkürzter Arbeitszeit ist deswegen für die Gewerkschaften stets in erster Linie eine kulturelle Forderung gewesen“. Auch der Lohnkampf habe nicht nur materielle Bedeutung, er soll auch „dazu dienen, den Aufstieg (der Lohnarbeiterschaft) auf eine höhere Kulturstufe zu ermöglichen“.<sup>5</sup>

Im folgenden geben wir einen unbekanntem Aufsatz Leiparts wider, ebenfalls mit 15. September 1926 datiert, der für den Aufklärer Leipart kennzeichnend ist: Es geht ihm um das „politökonomische ABC“ des Kapitalismus; um den Gedanken der „sozialen Solidarität“ und der (Einheits-)Gewerkschaft als Vertretung aller Lohnarbeitenden; um die Begründung der gewerkschaftlichen Forderung nach Demokratie in der Wirtschaft; um die Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften als grundlegend für ausreichenden materiellen Konsum und kulturelle Höherentwicklung der Lohnarbeitenden. Viele Passagen muten eigenartig aktuell an, z. B. wenn vom Verhältnis Staat, „de(s) berufene(n) Vertreter(s) der Gemeinschaftsinteressen“, und Wirtschaft die Rede ist.

Außerdem veröffentlichen wir – mit freundlicher Genehmigung des Archivs der sozialen Demokratie (AsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Bonn, – einen Nekrolog, den Leiparts langjähriger Mitstreiter Fritz Tarnow eine Woche nach dessen Tod geschrieben hatte, der aber weder damals noch später veröffentlicht wurde.

---

Aktualität der sozialdemokratischen Ur-Idee: Wirtschaftsdemokratie, 2. ergänzte Auflage, Berlin 2006; dies.: Wirtschaftsdemokratie in der Programmdiskussion der neuen Linken, in: Utopie kreativ, H. 195, Januar 2007, S.31-40.

<sup>3</sup> Siehe Plener, Leipart I, S.161-169.

<sup>4</sup> Siehe ebenda, S.218-226.

<sup>5</sup> Plener, Leipart II, S.349-359, hier in der Reihenfolge der Zitate S.350, 351.

Während die kommunistische bzw. SED-Historiographie Leipart überwiegend als „Reformisten“ und Verräter an Arbeiterinteressen vor 1933 gebrandmarkt hatte, wurde er von der SPD und vom DGB wie auch von deren Geschichtsschreibung nach 1946 weitgehend als Unperson bzw. verantwortlich für das Ende der freien Gewerkschaften 1933 behandelt, da er sich angeblich den Nazis unterworfen hätte. Im Gegensatz zu solchen Darstellungen hatte sich Leipart den Nazis nicht gebeugt. Als er sich am 13. April 1933 zusammen mit Wilhelm Leuschner und weiteren ADGB-Vertretern mit Nazifunktionären auf deren Einladung hin traf und letztere von ihm forderten, die Leitung des ADGB an sie gegen eine „angemessene Pension“ zu übergeben, lehnte Leipart das ab und erklärte: „Sie wissen, daß wir alle Sozialdemokraten sind, die ein Leben lang gekämpft und gelitten haben. Wir stehen zu unseren seitherigen Auffassungen [...] Wir müssen es ablehnen, Verräter an unserer Sache zu sein, denn es ist unser Lebenswerk.“<sup>6</sup>

Dem negierenden bzw. abwertenden Umgang mit Leipart in der westdeutschen Historiographie liegt zweifellos die Tatsache zugrunde, daß er sich 1945/1946 für die Einheit der politischen Arbeiterbewegung – also für die SED – (auch öffentlich) eingesetzt hatte – aus tiefster Überzeugung, sie sei unbedingt notwendig für den Erfolg der Ziele der Arbeiterbewegung – und 1946 Mitglied der SED wurde. Die Distanz ihm gegenüber zeigte sich schon, als Leipart in der Nacht vom 22. zum 23. März 1947 gestorben war: Während sein Leichnam am 1. April auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde feierlich beerdigt wurde – für die SED sprach Otto Grotewohl die Totenrede –, wurde im Westen Deutschlands von der SPD und den Gewerkschaften seiner kaum gedacht. Dafür steht auch die Tatsache, daß mehrere Nachrufe, die Fritz Tarnow, 1947 Sekretär der Gewerkschaften der amerikanischen Besatzungszone, geschrieben hatte, so u. a. für die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“, nicht veröffentlicht wurden.<sup>7</sup>

#### *Theodor Leipart: Zweck und Aufgaben der Gewerkschaften*

Die Zeit, in der zuerst der Gedanke gewerkschaftlichen Zusammenschlusses sich in Deutschland regte, liegt nahezu acht bis neun Jahrzehnte zurück. Es ist ungefähr die gleiche Periode, in der die Umgestaltung der Produktionsmethoden und die Entwicklung des Verkehrswesens, die auf die technische Revolution seit Ausgang des 18. Jahrhunderts zurückging, auf Deutschland übergriff. In den dreißiger und vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts setzte auch in Deutschland die Entwicklung zum Großbetrieb entschieden ein, mehrte sich die Zahl der Fabrikgründungen. Gleichzeitig mit dieser technisch-organisatorischen Umwälzung, in deren Verlauf das Handwerk allmählich zurückgedrängt wurde, kam, aus den alten handwerklichen Berufen und aus der Landwirtschaft sich

---

6 Plener, Leipart II, S.465. Über den Anteil Leiparts am Widerstand gegen das Nazi-Regime in den Jahren 1933-1945 siehe Plener, Leipart I, S.296-303.

7 Siehe auch Ulla Plener: In memoriam Theodor Leipart (1867-1947), in: Utopie kreativ, H. 197, März 2007, S.262-268.

rekrutierend, jene Schicht auf, die keinen anderen Besitz hatte als ihre Arbeitskraft: die „freie“ Lohnarbeiterschaft.

Dieser mit der zunehmenden Industrialisierung ständig sich vermehrenden Schicht der Besitzlosen und von jedem Besitz Ausgeschlossenen fehlte zunächst jedes Bewußtsein, daß mit dem Sieg des Kapitalismus ein im Großen gesehen gleichartiges Schicksal über sie hereinbrach. Die verschiedenartige Herkunft der neuen Schicht, die in den Prozeß der Industrialisierung hineingerissen wurde, brachte es mit sich, daß sich das Gefühl der Zusammengehörigkeit, des Aufeinanderangewiesenseins nur langsam durchsetzte. Erst als Generation um Generation die Zwangsgemeinschaft der Lage erlebten, als sich unter den in düsteren Fabrikräumen und unwohnlich verwahrlosten Arbeitervorstädten zusammengeballten Massen eine Tradition gemeinsamen Elends herausbildete, erwachte der Geist des Widerstands gegen die Mächte, die so zerstörend in ihr Leben eingegriffen hatten, Männer und Frauen, ja die Kinder im zartesten Alter in die freudlose Front eines schier unbegrenzten Tagewerks zwangen, das Familienleben vernichteten und jede Kraft zu geistigem Aufschwung im Keim ersticken. Aus der „Summe von Proletariern“, die in dumpfer hoffnungsloser Ergebung in ihr Schicksal nebeneinander lebten, in stetem Kampf um die Arbeitsstelle, besonders in den Zeiten schlechter Konjunktur, die in unberechenbarer Folge wiederkehrten, wurde allmählich eine relativ einheitliche, eine organisationsfähige Masse, in deren Reihen der Gedanke freiwilligen Zusammenschlusses neuen Lebensmut und Kampfeswillen wecken konnte, sobald er einmal greifbare Gestalt gewann.

Der Kapitalismus hatte seinen Siegeszug unter dem Zeichen rücksichtsloser individualistischer Selbstbehauptung angetreten. Es waren vor allem zwei Grundsätze, von denen er beherrscht wurde. Erstens der Grundsatz des Individualismus: Jeder für sich, keiner für den anderen. Zweitens der Grundsatz ausschließlicher Selbstbestimmtheit der Wirtschaft: Die Wirtschaft unterliege nur ihren eigenen Gesetzen; sie sei an keine anderen Rücksichten gebunden; der Staat, der berufene Vertreter der Gemeinschaftsinteressen, habe sich in die Regelung ihrer Verhältnisse nicht einzumischen; seine einzige Aufgabe gegenüber der Wirtschaft sei, die Schranken niederzulegen, die von einer früheren, gebundeneren Gesellschaftsform her ihrer hemmungslosen Entfaltung, der freien Auswirkung der wirtschaftlichen „Naturgesetze“ im Wege standen.

Das freie Spiel der Kräfte wirkte sich in der Produktion in doppeltem Sinn aus. Im Verhältnis der Unternehmungen zueinander in einer ausschließlich von dem Gedanken höchstmöglichen Gewinns bestimmten Konkurrenz. Im Verhältnis von Kapital und Arbeit im „freien“ individuellen Arbeitsvertrag, dessen Kontrahenten der freie, im Besitz der Produktionsmittel befindliche Unternehmer und der formal ebenso freie, tatsächlich nur auf seine Arbeitskraft angewiesene, im übrigen besitzlose Proletarier war. Das die gesamte Produktion ausschließlich und ungehemmt regelnde Prinzip war das Gesetz von Angebot und Nachfrage.

Eine Folgeerscheinung dieser beherrschenden Grundsätze war eine eigentümliche Verschiebung in der praktischen Zwecksetzung der Wirtschaft. Der allgemeine Sinn aller gesellschaftlichen Wirtschaft, so sollte man denken, ist die Versorgung der Menschen mit den Gütern, die zur Deckung ihres Bedarfs lebensnotwendig sind, ist die planmäßige Sicherung ihrer Existenz. Als Zweck der Wirtschaft erscheint demgemäß eine Bedarfsdeckung, die gesunde Lebensverhältnisse für alle einzelnen innerhalb der gesellschaftlichen Wirtschaft gewährleistet, besondere, für die heranwachsende Generation gesicherte Lebensbedingungen schafft, alle in der Produktion Tätigen oder auf sie Angewiesenen nach Kräften vor den Wechselfällen des Lebens schützt und endlich jeden einzelnen, im Interesse des Volksganzen und um seinem eigenen persönlichen Leben tieferen Inhalt zu geben, die Möglichkeit bietet, an den lebendigen Kräften der Kultur Anteil zu nehmen. Diese Zwecksetzung ordnet die Wirtschaft den Lebensinteressen der als ein organisches Ganzes, als eine Einheit höherer Ordnung erfaßten, staatlich organisierten Gesellschaft unter.

Aber diese Zwecksetzung, die *der Wirtschaft nur eine dienende Funktion* innerhalb des gesellschaftlichen Organismus zuweist, vertrug sich nicht mit dem Anspruch der freien, nur ihren eigenen Gesetzen folgenden kapitalistischen Wirtschaft auf unbeschränkte Autonomie. Das Ziel aller einzelnen, neben- und gegeneinander tätigen, selbständigen privatwirtschaftlichen Unternehmungen, aus denen sie sich zusammensetzt, wurde der Profit. Das Gewinnstreben jedes einzelnen Unternehmens wurde der Antrieb, der die jeder Einheit entbehrende Wirtschaft in Bewegung setzte. Die Bedarfsdeckung wurde, statt ausdrücklicher, auch in der Praxis ohne weiteres erkennbarer Zweck zu sein, gleichsam zur beiläufigen Folgeerscheinung der Produktion. Zu ihrem eigentlichen Zweck wurde die Sicherung des Gewinnes der einzelnen Unternehmungen, gleichgültig, ob die Gesamtwirtschaft dabei gedieh, gleichgültig, ob unzählige Arbeiter periodisch auf die Straße geworfen und mit ihren Frauen und Kindern unabsehbarer Not überantwortet wurden, gleichgültig, ob das Entgelt für die Arbeit der unzähligen in der Produktion tätigen Menschen für die nackte Existenz reichte; unbekümmert um das wirtschaftliche Elend, die Freudlosigkeit, die geistige Verödung, in denen die von der Wirtschaft abhängigen Menschen, erschöpft von einer bis an die äußersten Grenzen der Leistungsfähigkeit ausgedehnten Arbeitszeit, ihre Tage verbringen mußten.

Es ist behauptet worden, die Gewerkschaften seien aus „echt kapitalistischem Geist“ geboren, „die Grundsätze echt individualistischer Selbstbehauptung“, die sich in der freien kapitalistischen Wirtschaft durchgesetzt hatten, seien auch die Prinzipien, auf denen sich ihr Wirken aufbaute. Ein größeres Mißverständnis der Idee, die sich im Verlauf der Geschichte der Gewerkschaften immer deutlicher als der tragende Gedanke ihrer Wirksamkeit herausstellte, läßt sich schwer vorstellen. Von Beginn an, mit der zögernden ersten Bildung gewerkschaftlicher Organisationen, ist der Widerspruch zu den Grundsätzen des Individualismus sowie der unbedingten Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft unvermeidlich gegeben, wenn er auch keineswegs sofort klar erfaßt und ausgesprochen wurde.

Die erste Aufgabe war, gerade innerhalb der Arbeiterschaft den Individualismus, den Kampf aller gegen alle um die Arbeitsstellen zu überwinden. Der Gedanke der *sozialen Solidarität*, der Gedanke, daß die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen Arbeiters nicht in macht- oder besitzgesicherten Vorrechten bestehen kann, sondern nur in der Teilnahme an den Fortschritten der sozialen Lage seiner Gruppe oder der Gesamtheit aller, die abhängige Arbeit leisten, mußte langsam, in jahrzehntelanger Werbearbeit eindringen in die Massen, ehe die Bildung leistungsfähiger Gewerkschaften möglich wurde. Die grundsätzliche Unterordnung der Interessen des einzelnen unter die Interessen der in den Verbänden zusammengefaßten Gruppen kam nun im ganzen Gebiet des Reiches zur Geltung.

Aber in dem Gruppenegoismus der Verbände erhielt sich doch, wenn auch früh gemildert durch einsichtsvolles Zusammenwirken, ein gewisser kollektiver Individualismus, den zu überwinden eine der wesentlichsten Aufgaben der Bundesorganisationen ist, die als Träger der gewerkschaftlichen Gemeinschaftsaufgaben, als Vertreter der Gesamtmitgliedschaft, als Repräsentanten des Produktionsfaktors Arbeit eine ständige zunehmende Bedeutung gewinnen. Schon zeigt sich in vielen entscheidenden Fragen ein Zusammenwirken der Organisationen verschiedener Richtungen, insbesondere der Bundesorganisationen, so daß trotz aller Unterschiede insbesondere auf weltanschaulichem Gebiete (Unterschiede, die in Zukunft an Bedeutung verlieren werden) eine relative Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Front zu Tage tritt und die gesamtgewerkschaftliche Solidarität sich befestigt. Darüber hinaus sind die Gewerkschaften tatsächlich längst die maßgebenden Vertreter des größten Teiles der noch unorganisierten Arbeiterschaft. Die Tarifverträge, die mit ihnen abgeschlossen wurden, regelten im Jahre 1925 die Arbeitsverhältnisse von 11 Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen, während nur reichlich 5 Millionen in den Gewerkschaften organisiert sind.

Aus der „gestaltlosen Masse“ durch keine gemeinsamen Interessen, durch keine gemeinsame Idee verbundener *Proletarier ist durch die Gewerkschaften und in ihnen verkörpert eine organisierte soziale und wirtschaftliche Macht geworden*. Der Produktionsfaktor Arbeit, in der vorgewerkschaftlichen Periode wie in den Zeiten ihres Beginns gleichsam gesprengt in Millionen Atome, hat sich in den Gewerkschaften kristallisiert, ist in weitem Ausmaß ein aktionsfähiges einheitliches Gebilde geworden. Das Kräftesystem der freien, auf die völlige Wehrlosigkeit des atomisierten Produktionsfaktors Arbeit eingestellten kapitalistischen Wirtschaft ist in einer Weise verändert worden, wie kein Gegner der Gewerkschaften es vor 70 Jahren, ja vor 60 Jahren für möglich gehalten hätte. Dem ausschließlichen Individualismus, von dem sie beherrscht war, ist in dem sozialen und wirtschaftlichen Solidarismus der Gewerkschaften ein Gegner entstanden, der den Kapitalismus – neben anderen auf der Einsicht in die Unzulänglichkeit seines Grundprinzips beruhenden Antrieben – immer mehr in die Richtung rationaler Organisation der Gesamtwirtschaft drängt, während in seinen ersten Jahrzehnten die rationelle Organisation der Einzelwirtschaft Anfang und Ende seiner Weisheit war.

Die organisierte Vereinheitlichung des Produktionsfaktors Arbeit hatte in erster Linie den Zweck, die *Konsumenteninteressen der Arbeiter* zu schützen; die *Lohnpolitik* der Gewerkschaften wurde, je weiter ihr Einfluß sich erstreckte, zu einem Regulator des Konsums von Millionen Menschen. Die Gewerkschaften wurden die einflußreichste Konsumentenorganisation. Die Erhaltung und Steuerung des Konsums hat für die Gestaltung der Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft *grundlegende Bedeutung*; sie richtet sich nicht nur auf die relative Sicherung des äußeren Lebens, auf die wirtschaftliche Freiheit der Arbeiter. Ihre erfolgreiche Durchführung ist zugleich entscheidend für das Maß an *kulturellem Inhalt*, den sie ihrem Leben geben können. Freilich nur dann, wenn die Gewerkschaften *durch energische Arbeitszeitpolitik den Arbeitern genügende Freizeit verschaffen*.

Gerade an diesem Punkt, in der Arbeitszeitfrage, kommt der Gegensatz zu dem zweiten Prinzip der kapitalistischen Wirtschaft – dem Grundsatz ausschließlicher Selbstbestimmtheit und Eigengesetzlichkeit – zum schärfsten Ausdruck. Die Gewerkschaften lehnen es ab, die Arbeitszeitfrage nur unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu regeln, sie können es vor allem *nicht anerkennen, daß privatwirtschaftliche Interessen über das Maß an Zeit entscheiden sollen, in der die Arbeiter sich selbst gehören*. Die von ihnen durchgesetzte Begrenzung der Arbeitszeit, ihre schrittweise Verkürzung, zwingt der freien kapitalistischen Wirtschaft einen festen Rahmen auf, dessen Gefüge die Unternehmer nicht nach privatwirtschaftlichem Ermessen verändern können, wenigstens nicht entfernt mehr in dem Maße, in dem es vor Jahrzehnten in ihrem Belieben stand. Indem die Wirtschaft gezwungen wird, gesetzlich festgelegte, durch Maßnahmen der einzelnen Erwerbswirtschaft nicht verrückbare Grenzen für die Arbeitszeit anzuerkennen, wird sie wohl oder übel gezwungen, sich an eine gesamtwirtschaftliche Regelung der Produktion (wie auf begrenzteren Gebieten auch durch die tarifliche Lohnregelung) zu gewöhnen. Sie wird außerdem gezwungen, außerwirtschaftliche Werte als auch für sie bindend anzuerkennen.

Diese und ähnlich gerichtete Versuche, gesamtwirtschaftliche Regelungen auf verschiedenen Gebieten der Wirtschaft durchzuführen, deuten darauf hin, daß die beiden tragenden Prinzipien der freien kapitalistischen Wirtschaft in ihrer Geltung erschüttert sind und daß die Auffassung, die Gesamtwirtschaft innerhalb eines Staatsgebietes sei ein organisches Ganzes und ihre nationale Organisation die Hauptaufgabe, an Boden gewinnt. Der Aufbau unseres *Arbeitsnachweises* zum Beispiel mag im Einzelnen vielfacher Kritik unterzogen werden können, entscheidend ist der Sieg des Gedankens, daß die *Regelung des Arbeitsmarktes eine gesamtwirtschaftliche Angelegenheit* ist, bei der Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften als gleichberechtigte Vertreter der Wirtschaft mit der Reichsarbeitsverwaltung und den ihr unterstellten Behörden als Vertreter des Staates solidarisch zusammenwirken. Auch der Arbeitsmarkt wird mehr und mehr als ein Ganzes, als ein Organismus angesehen. Eine gesunde Arbeitsmarktpolitik kann sich daher nur auf die klare Einsicht in die Lage und Tendenzen der Gesamtwirtschaft gründen. Das ist nicht nur die Auffassung der Gewerkschaften.

Vielleicht noch sichtbarer als bei der Arbeitsvermittlung und der Arbeitsmarktpolitik tritt der Zug nach gesamtwirtschaftlicher Solidarität, nach Übernahme gesamtwirtschaftlicher Verantwortung bei der *Erwerbslosenunterstützung* zu Tage. Die Erwerbslosenunterstützung war noch vor wenigen Jahrzehnten nur als ein Mittel der gewerkschaftlichen Kampfsolidarität bekannt; im übrigen wurde eine gesellschaftliche Verpflichtung zur Unterstützung der aus dem Produktionsprozeß durch höhere Gewalt Ausgeschiedenen nicht anerkannt. Gewerkschaftliche Selbsthilfe – andernfalls Armenunterstützung und Bettel – das war die Alternative, vor die Wirtschaft und Staat die Arbeitslosen stellten. Es ist daher trotz aller Mängel, die der bestehenden Einrichtung wie dem vorliegenden Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung anhaften mögen, für die geschichtliche Betrachtung eine Veränderung von wahrhaft revolutionärer Bedeutung, daß heute die *Haftung der Gesamtwirtschaft für die unfreiwillig Erwerbslosen* nicht nur grundsätzlich anerkannt, sondern praktisch durchgeführt wird. Die tiefgreifende Änderung der Wirtschaftsauffassung, die sich in der Schaffung dieser Institution verrät, die überraschende Einsicht in die abgrundtiefen sozialen Unzulänglichkeiten der sich selbst überlassenen, freien, ihren „Naturgesetzen“ folgenden kapitalistischen Wirtschaft, der prinzipielle Bruch mit dem Grundsatz rücksichtsloser individualistischer Selbstbehauptung – in unseren eigenen Reihen wird nur zu leicht übersehen, was für eine *entscheidende Wandlung des sozialen Weltbildes* hier vorliegt.

Diese Siege über den Geist des Individualismus, die die Arbeiterbewegung und vor allem die Gewerkschaften erfochten haben, können in ihrer Bedeutung kaum überschätzt werden. Es zeigt sich, in welchem Maße die *Gewerkschaften* gerade auf Grund ihres leitenden Prinzips gesamtgewerkschaftlicher Solidarität *geschichtlich notwendige Vorarbeit geleistet haben für die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft*.

Von ihrer engeren Zielsetzung, der Organisation der Gesamtarbeiterschaft zur Beherrschung des Arbeitsmarktes von seiten des Angebots an Arbeitskraft, kamen sie zwanglos zu dem Bild einer Wirtschaft, die ebenso beherrscht war von dem Prinzip gesamtwirtschaftlicher Solidarität wie sie von dem entsprechenden Grundsatz sich in ihrem Bereich leiten ließen.

Der große Gedanke der gesamtwirtschaftlichen Solidarität, dessen durchgängige Verwirklichung die Gewerkschaften erstreben, besteht aus zwei Elementen. Das eine ist die Solidarität der Wirtschaft mit allen in ihr Tätigen und den auf sie Angewiesenen. Davon war bereits die Rede. Das andere ist die Solidarität der Gesamtwirtschaft in ihrer Führung – deshalb *erstreben die Gewerkschaften die Zusammenfassung der Einzelwirtschaften und ihre Unterordnung unter einen Gesamtwillen. Sie erstreben die gemeinwirtschaftliche Organisation* aus einem doppelten Grunde. Erstens weil sie die größte und für gewaltige Volksschichten repräsentative Konsumentenorganisation sind, die ihre Aufgabe – Erhaltung und Steuerung der Konsumkraft großer Teile des Volkes – am reibungslosesten erfüllen kann, wenn die Wirtschaft als ganzes auf dem gleichen Prinzip planmäßiger Zentralisation beruht wie sie selbst. Zweitens auf Grund einer prinzipiell bedeutsamen Erweiterung der gewerkschaftspolitischen Zielsetzung. Sie haben gelernt, daß



selbst der denkbar ausgedehnteste Einfluß auf das Arbeitsangebot zu der Verwirklichung ihrer Ziele nicht ausreicht, daß sie vielmehr unvermeidlich auch auf die Nachfrage nach Arbeit Einfluß und damit Anteil an der Leitung der Produktion, an der Wirtschaftsführung gewinnen müssen.

Der ideologische Ausdruck dieser Einsicht ist die *Forderung der Wirtschafts-demokratie*.

Sie ist – wenn man will – ein Bruch mit der auf Lohn- und Arbeitszeitpolitik beschränkten Tradition, eine Erweiterung der Gewerkschaftspolitik im engeren und üblichen Sinne. Die Gewerkschaften kämpfen nun nicht mehr allein um einen größeren Anteil an einem gegebenen gesellschaftlichen Arbeitsertrag, sondern es kommt ihnen darauf an, „die Effektivität der Produktion“, die Produktivität der Wirtschaft direkt, bewußt, planmäßig zu erhöhen, weil sie wissen, daß mit der Produktivität die Gesamtkaufkraft steigt, daß das allgemeine Lohnniveau von der Gesamtkaufkraft abhängt.

Die in weitem Umfange noch *bestehende Wirtschaftsordnung kennt nur die Herrschaft des Kapitals über die Arbeit*. Anstelle dieser Alleinherrschaft oder Vorherrschaft soll durch tiefgreifende Umgestaltung der Rechtsordnung unter gleichzeitiger Erschließung der geistigen Kräfte, die in den Schichten der abhängigen Arbeit brachliegen, durch ein großzügiges Erziehungswerk eine *neue Wirtschaftsordnung* aufgebaut werden, die es ermöglichen soll und wird, das die Vertreter des Kapitals und der Arbeit gemeinsam – eine organisch entwickelte und daher institutionell auch allein mögliche Arbeitsgemeinschaft – im Zusammenwirken mit den Vertretern des Staates die Leitung der Gesamtwirtschaft übernehmen, die erst dann eine „Volkswirtschaft“ im echten Sinne des Wortes werden kann.

Aus: Die freie Gewerkschaft, Ortskartell Hamburg, 15. September 1926, in: SAPMO-BArch Sg Y 2 V DF / VII SSÜ, Bl. 20/Rückseite.

### *Zum Gedächtnis Theodor Leiparts*

von Fritz Tarnow

Zonensekretär der Gewerkschaften der US-Zone.

Der Bayerische Gewerkschafts-Kongress, der vom 27. bis 29. März 1947 in München versammelt war, nahm mit tiefster Anteilnahme die Trauerbotschaft vom Ableben des großen Gewerkschaftsführers Theodor Leipart entgegen, der am 23. März 1947, kurz vor der Vollendung seines 80. Lebensjahres, in Berlin verstorben ist.

In der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung wird sein Name neben dem von Carl Legien als Schöpfer und Gestalter der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung für alle Zeiten erhalten bleiben.

Die ersten Anfänge der Bewegung fallen in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts, aber sie wurden wieder zerstört durch das Sozialistengesetz, das erst 1890 wieder aufgehoben wurde. Ein halbes Jahr nach dem Falle des Gesetzes trat in Halberstadt eine Konferenz gewerkschaftlicher Delegierter

zusammen, um Maßnahmen für den Aufbau und die Zentralisierung der Gewerkschaften zu beraten. Einer der jüngsten Delegierten war der 24jährige Drechslergeselle Theodor Leipart, der von Hamburg aus zusammen mit seinem älteren Berufskollegen Carl Legien die Vorarbeiten für diese Konferenz geleistet hatte.

Von dieser Zeit an waren Carl Legien und Theodor Leipart führende und bald *die* führenden Köpfe der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Legien, der schon vor 25 Jahren das Zeitliche gesegnet hat, war von der Halberstädter Konferenz als Vorsitzender der „Generalkommission der deutschen Gewerkschaften“, des Vorläufers des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, gewählt worden. Theodor Leipart arbeitete zunächst von der Spitze seines Berufsverbandes aus am organischen Zusammenschluß der Verbände. Zwei Jahre nach der Halberstädter Konferenz schlossen sich unter seiner Führung die Verbände der Tischler, Drechsler, Wagner und Bürstenmacher zum Deutschen Holzarbeiter-Verband zusammen.

Leipart nahm zunächst den Platz des zweiten Vorsitzenden und von 1908 den des ersten Vorsitzenden ein. Daneben war er unermüdlich tätig an der Entwicklung der gewerkschaftlichen Gesamtbewegung.

Als Carl Legien im Jahre 1920 starb, gab es keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß Theodor Leipart sein Nachfolger sein muß.

Seine Leistungen und seine Verdienste um die Gewerkschaftsbewegung zu schildern, würde bedeuten, ein wesentliches Stück der Gewerkschaftsgeschichte wiederzugeben.

Theodor Leipart war ein unermüdlicher Arbeiter, der sich für ein Privatleben kaum Zeit gönnte. Er war ein Fanatiker der Sachlichkeit. Aus vielen Jahren enger Zusammenarbeit mit ihm kann ich mich nicht entsinnen, jemals aus seinem Munde Plattheiten oder inhaltslose Phrasen gehört zu haben. Mit solchen strengen Grundsätzen war ihm der Weg zur Tribüne des zündenden Volksredners versperrt, und er gab sich auch keine Mühe, etwas zu sein, was seiner Natur nicht entsprach.

Theodor Leipart war ein grundsauberer und redlicher Mensch. Von einer Vornehmheit des Charakters, die das Wort vom Adel der Persönlichkeit rechtfertigt.

Sein Platz war immer dort, wo positiv gearbeitet wurde. Auf ihn richteten sich alle Blicke, wenn es galt, den Weg aus einer schwierigen Situation zu finden. Wenn er sprach, hatte er auch immer etwas zu sagen. Er wirkte durch die überzeugende Logik seiner Argumente.

Ein ausgesprochener Realpolitiker, wie es Theodor Leipart war, mochte er wohl auf Außenstehende als eine kalte Natur wirken. Wer ihm näher kam, entdeckte einen Menschen mit einem glühenden Idealismus für die Sache, der er sein Leben gewidmet hat.

Mit Theodor Leipart hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung einen ihrer größten Führer und einen ihrer Besten verloren.

Die Trauerfeier für Theodor Leipart findet am 1. April 1947 in Berlin, im Gewerkschaftshaus, wo er so viele Jahre für die Arbeiter, Angestellten und Beamten geschaff hat, statt. Die Bayerischen Gewerkschaften werden durch eine Abordnung vertreten sein.

Maschinenschriftliches Manuskript vom 30./31. März 1947, Archiv des DGB, Nachlaß Fritz Tarnow, in: Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

## JÖRN SACK: ENTSTAATLICHUNG.

WAS WIR WOLLTEN,  
ENTZIEHT SICH UNSERER KONTROLLE.

ISBN 978-3-929390-93-3  
TEXTE ZUR SACHE IM SPECTRUM



DAS UMSTRITTENE THEMA „GLOBALISIERUNG“ HAT JÖRN SACK IN SEINEM BUCH „ENTSTAATLICHUNG“ ANALYTISCH AUFGEGRIFFEN. DIE TEXTE ZEIGEN DEN UNAUFHÖRLICHEN RÜCKZUG DES STAATES AUS SEINER GESAMTGESELLSCHAFTLICHEN VERANTWORTUNG, DURCH DIE DIE CHANCE DER DEMOKRATIE VERSPIELT WIRD. DIESES BUCH IST EIN ERGEBNIS SEINER JAHRZEHNTELANGEN TÄTIGKEIT IN EU-GREMIEN, DIE AM ENDE ZU EINER ENT-FREMDUNG VON SEINEM URSPRÜNGLICHEN ENGAGEMENT FÜHRTE.

---

Neue Sachbücher in der Edition Bodoni  
Linienstraße 71 in 10119 Berlin · 030-2825137  
info@bodoni.org